

Wien, am Freitag, den 23. November 1928. Zweite Ausgabe.

Die Beratung des städtischen Haushaltsplanes. Der Stadtsenat und Finanzausschuss setzten heute die Beratung über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Zuerst sprach in der Generaldebatte Gemeinderat Zimmerl, der auf die günstige Finanzlage der Gemeinde verwies und aus diesem Grund einige Abgabenermässigungen gewünscht hätte. Er beantragte auch, dass der Finanzreferent eine Gesetzesvorlage unterbreite, die jene Abgabenermässigungen, die am 31. Dezember 1928 ablaufen, auf weitere zwei Jahre verlängert. Die Wohnbausteuer sei im Voranschlag zu gering veranschlagt, weil doch im nächsten Jahr wieder einige tausend wohnbausteuerpflichtige Gemeindefamilien dazu kämen. Redner beklagte die schikanösen Kontrollmassnahmen im Steuerreferat und forderte den Ausbau der Pauschalierung bei gewissen Gemeindeabgaben. Die Wasserkraftabgabe soll abgeschafft werden, weil die Gemeinde keine neue Anlage mehr baue und die Elektrizitätswerke noch stark ausbaufähig sind. Das kommunale Wohnbauprogramm müsse endlich mit Anleihegeldern finanziert werden, wobei auch die Zentralsparkasse zu einer solchen Anleihe beitragen könnte. Für den Fremdenverkehr müsse mehr geschehen; insbesondere die Erschliessung des Kahlenberges sei ein Gebot der Notwendigkeit. Gemeinderat Zimmerl verlangt schliesslich die Abschaffung des Sammeltages für die Armen Wiens, der für die Gemeindeverwaltung unwürdig sei, spricht sich gegen den Ankauf von alten Häusern aus, weil er meist nur aus parteipolitischen Gründen erfolgt und kündigt an, dass die Minderheit bei der Beratung des Voranschlages im Gemeinderat einen Antrag auf Zurückzahlung der seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen für den Bezug von Gas und elektrischen Strom einbringen werde. Gemeinderat Rummelhardt kritisiert die Doppelstellung des Bürgermeisters als Landeshauptmann. Es sei vom demokratischen Standpunkt verwerflich, dass man der Bevölkerung eine Beschwerdeinstanz weggenommen hat. Eine Aenderung der Verfassung ist unerlässlich. Es werden Steuern eingehoben, die zur Deckung von speziellen Landesaufgaben dienen, eine Trennung ist aber weder im Rechnungsabschluss, noch im Voranschlag durchgeführt. Es müsse dem Landtag ein eigenes Landesbudget vorgelegt werden. Die saloppe Führung der Landesgeschäfte ist ein Skandal und auf die Dauer unerträglich. Diese Referate sind dem Magistratsdirektor übergeben worden, sie werden nur als Anhängsel der Stadtsenatssitzungen betrachtet. Man hat, um dem Magistrat und der Gemeinde mehr Macht zu verschaffen, den Versuch gemacht die Strassenpolizei in die Hand zu bekommen. Die Minderheit hat wiederholt auf die Unhaltbarkeit des bezüglichen Landesgesetzes aufmerksam gemacht, man hat sie aber mitteilidig belächelt. Nunmehr hat der Verfassungsgerichtshof dieses Gesetz aufgehoben. Es wäre jetzt sehr interessant zu erfahren, wie es mit der Theaterpolizei steht. Redner bezeichnet dann die Führung der Schulagenden als unmöglich. Es sei ein Mangel, dass für das Schulwesen kein spezieller Referent im Stadtsenat sei, der dem Gemeinderat gegenüber die Verantwortung trage. Der Stadtschulrat stehe unter der Botmässigkeit des Freidenkerbundes, was insbesondere bei der Besetzung der Religionslehrerstellen zum Ausdruck kommt. Diese Stellen werden lange Zeit überhaupt nicht besetzt, dafür aber die vom Freidenkerbund veranstalteten Unterrichtskurse für sittliche Lebenskunde durch einen eigenen Erlass des Stadtschulrates gefördert. Für diese Kurse wurden in allen Bezirken Schulräume zur Verfügung gestellt. Wenn es sich dabei nur um Privatkurse handelt, so ist die offizielle Aufmachung derart, dass die Eltern leicht glauben können, dass es sich hier um den Religionsunterricht handelt. Die Minderheit werde gegen den Voranschlag stimmen. Stadträtin Dr. Motzke führt aus, dass die Erträge der Abgaben in vielen Fällen zu niedrig veranschlagt sind. Dies trifft insbesondere bei der Wohnbausteuer zu. Bei dieser Steuer sei endlich die Befreiung der Fürsorgeanstalten restlos durchzuführen. Bei der Lustbarkeitsabgabe wäre insbesondere eine Lockerung der Bestimmungen für Veranstaltungen am Platze, die der Jugend und ihrer körperlichen Ertüchtigung dienen. Die Ausgaben der Gemeinde richten sich nach ihren grundsätzlichen Erwägungen. Es besteht kein vernünftiger Grund, sie zu rechtfertigen. Das Wohnungswesen wäre auf eine

andere Basis zu stellen. Mit Hilfe einer Wohnbauanleihe könnten vierzig Millionen Schilling erspart werden, ohne das Wohnbauprogramm einzuschränken. Das Wien der Zukunft wird seine Heimatstätten an der Peripherie suchen. Ihr Siedlungsprogramm ist aber ein sehr vages und die Siedlungsanlagen, die Sie bisher geschaffen haben, sind auch nicht entsprechend. Die Kommunalisierungen, die seinerzeit von der christlichsozialen Partei durchgeführt würden, dienten einer Fundierung des Wirtschaftslebens. Die Sie durchführen, wirken konkurrenzierend, durch sie wird das freie Gewerbe zurückgedrängt. Die Rednerin wendet sich dann der Besprechung des Wohlfahrtswesens zu und erklärt, dass die Richtlinien in der Fürsorge überhaupt deren Individualisierung unmöglich machen. In der Altersfürsorge hat die christlichsoziale Gemeindeverwaltung im Jahre 1913 für laufende Unterstützungen 8'4 Millionen Goldkronen und für Erhaltungsbeiträge für alte Bürger 720.000 Goldkronen ausgegeben. In Ihrem Voranschlag aber finden wir für Erhaltungs- und Mietzinsaushilfen nur zehn Millionen Schilling, was weit hinter dem zurück steht, was die Vergangenheit geboten hat. Die Leistungen für die alten Leute sind heute sehr bescheiden. München, das um mehr als eine Million Einwohner weniger hat als Wien, gibt für die allgemeine Fürsorge, ausschliesslich der gehobenen Fürsorge, nicht weniger als 8'2 Millionen Reichsmark aus. In der Altersfürsorge besteht überhaupt das Bestreben möglichst zu sparen. So ist in der geschlossenen Altersfürsorge der Personalaufwand bedeutend höher als die Kosten für die Lebensmittel. Die Jugendfürsorge ist zu teuer. Während der Caritasverband in der geschlossenen und halbgeschlossenen Fürsorge für 20.000 Kinder rund vier Millionen Schilling braucht, veranschlagen Sie für die Anstalten gleicher Art, aber nur für 10.000 Kinder nicht weniger als 12 Millionen Schilling. Wenn Sie mithelfen würden, die freiwillige Fürsorge auszubauen, würden Sie bei erhöhter Leistung viele Millionen ersparen. Ihre parteipolitische Einstellung im Fürsorgewesen zeigt sich darin, dass Sie zwei Hausgehilfenheime und zwei Studentenheime sozialdemokratischen Organisationen in Verwaltung übergeben haben. Während Sie den Verband für freiwillige Fürsorge mit 80.000 Schilling subventionieren, lassen Sie den Caritasverband links liegen. Die kostenlose Beteiligung der Kinder reicher Leute mit den Lernmitteln ist eine Bereubung der armen Kinder. Diese Mehrausgabe ist ganz überflüssig. Der unnötige Mehraufwand für den Wohnhausbau, für die Fürsorge und für das Schulwesen dient nur Ihrem Parteiluxus, weshalb wir diesem Voranschlag unsere Zustimmung verweigern. Gemeinderat Binder kritisiert die Behandlung der Bezirksvertretungen von Seiten des Magistrates. In Bezirksvertretungen werden oft im Interesse des Bezirkes einstimmige Beschlüsse gefasst, von denen aber der Magistrat nicht einmal Notiz nimmt. Da muss Wandel geschaffen werden. Ein Bezirksrat ist heute nur mehr ein Exekutivorgan für Erhebungen. Bei Kommissionierungen werden in der Regel nur sozialdemokratische Bezirksräte herangezogen. Die Statistik der Abgabenverwaltung zeigt, wohin das System des freien Ermessens führt und wie rücksichtslos Steuern eingetrieben werden. Dass das freie Ermessen ohne Rücksicht auf den Einzelnen gehandhabt wird, geht am besten daraus hervor, dass von 2.683 in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe eingereichten Betrieben 1.856 um Stundungen angesucht haben. Von diesen musste der Magistrat 1.810 bewilligen. Schliesslich verlangt der Redner eine individuelle Behandlung bei der Bemessung der Lustbarkeitsabgabe und den Schutz für jene Mieter in städtischen Bauten, die nicht sozialdemokratischen Organisationen angehören und deswegen schikaniert werden. Die Beratungen werden nächste Woche fortgesetzt.

Zwei Wassermannstationen der Gemeinde. Bei der Behandlung von Syphilis spielt bekanntlich die Untersuchung des Blutes nach der sogenannten "Wassermannreaktion" eine wichtige Rolle. Diese Blutuntersuchung kann aber nur in grossen gut eingerichteten Laboratorien sachgemäss durchgeführt werden. Die Gemeindeverwaltung wird nun zwei Wassermann-Stationen einrichten. Die eine Stelle wird im städtischen Amtshaus Alsergrund in der Währingerstrasse 39 und die zweite im städtischen Amtshaus Ottakring, Richard Wagnerstrasse 19 eingerichtet. In kürzester Zeit wird die Station auf dem Alsergrund eröffnet werden. Die Prüfung der Blutproben erfolgt in der sero-diagnostischen Untersuchungsstation im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.